

«Ein starkes Team fürs Land»

VU-Präsident **Günther Fritz** sieht den Landtagswahlen 2017 mit Zuversicht entgegen. Die VU bietet ein starkes Regierungs- und Landtagsteam, die bereit seien, Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft zu übernehmen.

PATRIK SCHÄDLER

Herr VU-Präsident, mit dem Staatsfeiertag ging die Sommerpause zu Ende. Das letzte halbe Jahr in dieser Legislaturperiode wird vom Wahlkampf geprägt sein. Wie ist die VU dafür gerüstet?

Günther Fritz: Die Vaterländische Union ist in Bezug auf die personellen Wahlvorbereitungen auf gutem Weg. Unser Ziel, noch vor der Sommerpause bekannt geben zu können, wer von der bestehenden Landtagsfraktion in die Wahlen 2017 steigt, haben wir erreicht. So konnten wir erfreulicherweise bereits am 10. Juni kommunizieren, dass sich sechs der acht ordentlichen VU-Abgeordneten erneut für eine Kandidatur zur Verfügung stellen. Zudem wird auch der stellvertretende VU-Abgeordnete Manfred Kaufmann wieder kandidieren. Weiter war es unser Bestreben, noch vor der Sommerpause ein hochqualifiziertes Regierungsteam präsentieren zu können. Auch das ist uns gelungen. Nachdem der VU-Parteivor-

Wir sind in Bezug auf unsere Wahlvorbereitungen auf gutem Weg.

stand den amtierenden Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer bereits am 3. Mai als Regierungschefkandidat zuhanden des Parteitag nominiert hat, konnten wir am 17. Juni anlässlich einer Medienkonferenz unser komplettes Dreierteam für die Regierung präsentieren. So schlägt das Präsidium dem Parteivorstand die 37-jährige Leiterin des Hauses St. Martin, Dominique Gantenbein aus Mauren, als Regierungsratskandidatin für den Wahlkreis Unterland vor. Als Regierungsratskandidat für den Wahlkreis Oberland soll der 38-jährige Daniel Risch aus Triesen, Mitglied der Geschäftsleitung der Liechtensteinischen Post AG, in die Landtagswahlen 2017 steigen.

Wie waren die Reaktionen auf das VU-Dreiertrick?

Fritz: Dass die VU in Anbetracht seines unbestrittenen Leistungsausweises als Regierungschef-Stellvertreter auf Thomas Zwiefelhofer als Spitzenkandidat setzt, dürfte keine grosse Überraschung gewesen sein. Mit der Nomination von Dominique Gantenbein und Daniel Risch dürften wir jedoch viele überrascht haben. Es wurde uns von vielen Seiten – auch von Vertre-



Bild: Daniel Ospelt

VU-Parteipräsident Günther Fritz: «Wir bieten den Wählerinnen und Wählern auf der Basis eines beeindruckenden Leistungsausweises unserer Regierungs- und Fraktionsmitglieder ein Profil, das durch die Werte «wirtschaftsliberal», «sozial» und «menschlich» geprägt ist.»

tern anderer Parteien – attestiert, dass wir mit einem starken Regierungsteam in die Wahlen steigen. Unser Dreierteam verfügt neben ausgezeichneten Führungs- und Managementfähigkeiten, ausgeprägten Sozialkompetenzen und hohen menschlichen Qualifikationen insbesondere über ein fundiertes Fachwissen in den unterschiedlichen Bereichen quer durch alle Ministerien.

Ist es nicht schwieriger, insgesamt 25 Landtagskandidaten zu rekrutieren, wenn drei Viertel der bestehenden Fraktion noch einmal kandidieren?

Fritz: Niemand aus der bisherigen Fraktion hat seine Wahl auf sicher. Heute ist es ja vielfach so, dass sich Wählerinnen und Wähler sehr wohl merken, für oder gegen was die Bisherigen in der ablaufenden Mandatsperiode gestimmt haben. Zu den Bisherigen zu gehören, muss also nicht unbedingt ein Bonus sein.

Ein Regierungsteam, dessen Kompetenzen sich ideal ergänzen.

Ich finde, dass die Bereitschaft der Bisherigen zum Weitermachen ein positives Signal für all jene ist, die sich für eine erstmalige Kandidatur schon entschieden haben oder vor dieser Entscheidung stehen. So wissen sie, dass sie in ein gut funktionierendes Kandidatenteam kommen, in welchem der Teamgedanke einen grossen Stellenwert einnimmt.

Und wie steht es mit den inhaltlichen Wahlvorbereitungen?

Fritz: Wir liegen im Zeitplan. In den nächsten Wochen werden wir unter Einbezug unserer Kandidatinnen und Kandidaten auf der Basis unserer Wahlstrategie und den Ergebnissen der bisherigen Workshops das Wahlprogramm erarbeiten. Wir wollen den Wählerinnen und Wählern klar darlegen, für welche Werte die VU steht und welche Themenschwerpunkte sie bei der Gestaltung unserer Zukunft setzen möchte. Die Schärfung unseres Profils ist natürlich ein laufender Prozess, bei dem die von unseren Regierungs- und Fraktionsmitgliedern vertrete-

ten Positionen zu den aktuellen Sachthemen ebenso eine ganz bedeutende Rolle spielen werden.

Ein aktuelles Thema, zu welchem das Volk am 18. September befragt wird, ist die Initiative der Wirtschaftskammer «Beruf und Familie». Wie steht die VU dazu?

Fritz: Wir begrüßen es, dass die Wirtschaftskammer mit ihrer Volksinitiative zur Neuregelung des Mutterschaftstaggelds und zur Kita-Finanzierung über die Familienausgleichskasse (FAK) einem gerechtfertigten Anliegen zu einem pragmatischen Durchbruch verhelfen will. Es ist auf jeden Fall ein erster Schritt in die richtige Richtung. Nach unserer Ansicht ist es längst an der Zeit, die Kita-Finanzierung auf neue Beine zu stellen. Ich freue mich sehr, dass auch Erbprinz Alois im Rahmen seiner Ansprache zum Staatsfeiertag die Notwendigkeit von guten Lösungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstrichen und die entsprechende Eigeninitiative der Wirtschaft grundsätzlich begrüsst hat. Ich pflichte ihm völlig bei, wenn er sagt, dass Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen einer der entscheidenden Erfolgsfaktoren unserer Gesellschaft werden wird. Für die VU ist aber klar, dass das klassische Familienmodell, bei dem sich ein Elternteil für die Familienarbeit zu Hause entscheidet, auch in Zukunft ein absolut gleichberechtigtes Modell bleiben muss. Umstritten im Landtag war aber weniger die Kita-Finanzierung, sondern der zweite Teil der Initiative, wo es um die Frage geht,

Höchste Zeit, die Kita-Finanzierung auf neue Beine zu stellen.

ob künftig auch das Mutterschaftstaggeld aus der allein von den Arbeitgebern gespeisten FAK bezahlt werden soll. Dass dadurch die Prämien für die Krankentaggeldversicherung reduziert werden könnten, ist ein Entlastungseffekt für die Arbeitgeber, der auf Seiten der VU angesichts des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds Unterstützung finden dürfte. Wir werden an der nächsten Sitzung des Parteivorstands vom 23. August er-

gebnisoffen über die Initiative diskutieren und über eine Abstimmungsempfehlung befinden. Interessanterweise schweigt sich das zuständige Gesundheitsministerium in dieser Frage bislang komplett aus. Ein klares, wohl begründetes Ja oder Nein des zuständigen Ministers könnte der Bevölkerung bei der Entscheidungsfindung ganz ohne Zweifel von Nutzen sein.

Wie beurteilen Sie die Chance der Freien Liste, mit ihrer einfachen Initiative zur Einführung einer erwerbsabhängigen Krankenkassenprämie im September-Landtag durchzukommen?

Fritz: Nachdem sich das VU-Präsidium sowie Exponenten der FDP und der DU bereits deutlich ablehnend zu dieser einfachen Initiative geäußert haben, erachte ich diese Chance als sehr

Der Staatshaushalt wird die Politik weiterhin beschäftigen.

gering. Unserer Meinung nach würde dies einen gravierenden Systemumbau mit zahlreichen unerwünschten Nebeneffekten darstellen. Auch zu dieser Frage werden wir ebenfalls vom Parteivorstand ein Stimmungsbild zuhanden der Parteigremien abholen.

Erbprinz Alois sagte anlässlich des Staatsfeiertags, dass der Entwicklung des Staatshaushalts weiterhin besonderes Augenmerk geschenkt werden muss. Wird der Staatshaushalt demnach die Politik auch noch in der kommenden Legislaturperiode beschäftigen?

Fritz: Dank konstruktiver Zusammenarbeit der VU mit dem Koalitionspartner FDP konnten die noch von der Regierung Tschütscher vorgelegten Massnahmenpakete I und II und das Massnahmenpaket III der Regierung Hasler zumindest ausgabenseitig umgesetzt werden. Durch die Reduktion der Beiträge an die Sozialwerke wurde vor allem auf dem Buckel des Mittelstandes gespart. Für die Jahre 2016 bis 2019 wird die betriebliche Rechnung des Staates gemäss gültiger Finanzplanung dennoch ein kumuliertes Defizit von 250 Millionen Franken ausweisen. Vor diesem Hintergrund würde ich

nicht sagen, dass der Staatshaushalt bereits saniert ist. Die Finanzplanung 2017 bis 2020, welche die Regierung dem Landtag im November 2016 vorlegen muss, wird zeigen, ob die relevanten Eckwerte des im Finanzhaushaltsgesetz enthaltenen Finanzleitbilds eingehalten werden oder ob die neue Regierung dann von Gesetzes wegen verpflichtet sein wird, dem Landtag binnen sechs Monaten, also bis zum Mai-Landtag 2017, ein Massnahmenpaket IV zu unterbreiten. Ein solches dürfte aber auf keinen Fall mehr auf dem Buckel des Mittelstandes ausgetragen werden. Hier müsste dann der Hebel vor allem einnahmenseitig angesetzt werden.

Was die Bevölkerung zusehends beschäftigt, ist die Frage, wie viele Flüchtlinge Liechtenstein aufnehmen kann und überhaupt soll. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Fritz: Wir müssen in einem für Liechtenstein grössenverträglichen Mass jenen Menschen humanitäre Hilfe gewähren, die aus Katastrophengebieten kommen, wo Krieg und Terror herrschen,

Unsere Politik ist von einer liberalen und sozialen Grundhaltung geprägt.

und die an Leib und Leben bedroht sind. Die in erster Lesung behandelte Revision des Asylgesetzes wird dafür sorgen, dass Asylbewerber aus dem Westbalkan und anderen sicheren Herkunftsländern, die aus rein wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen, schneller zurückgeschickt werden können. Die Flüchtlingskrise in Europa, die islamistisch motivierten Terroranschläge in Deutschland, Frankreich und Belgien, aber auch nicht zuletzt die Gewalttat in einem Regionalzug der Südbahn in Salez werfen natürlich auch bei uns viele Fragen der inneren Sicherheit auf. Solche Fragen werden uns in Zukunft vermehrt beschäftigen. Die VU wird sich in diesem Zusammenhang dafür einsetzen, dass bei der Weiterentwicklung der Sicherheitsdispositive für unser Land und die hier lebenden Menschen nicht gespart wird.

Wie beurteilen Sie die Chancen Ihrer Partei bei den nächsten Landtagswahlen?

Fritz: Die VU hat seit den letzten Landtagswahlen einen Prozess der personellen Erneuerung durchlaufen und steigt mit neu gewonnenem Selbstvertrauen in die Wahlen 2017. Wir bieten den Wählerinnen und Wählern auf der Basis eines beeindruckenden Leistungsausweises unserer Regierungs- und Fraktionsmitglieder ein Profil, das durch die Werte «wirtschaftsliberal», «sozial» und «menschlich» geprägt ist. Wir werden ein Wahlprogramm präsentieren, das mutige und kreative Lösungsansätze für die brennenden Fragen der Zukunft beinhaltet. Vor allem aber bieten wir den Wählerinnen und Wählern ein starkes Regierungsteam und ein starkes Landtagsteam. Wir haben die Leute, die Ideen, die Qualität, die Geschlossenheit, die Kraft und die Bereitschaft dazu, Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft unseres Landes und der hier wohnhaften Menschen zu übernehmen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir es schaffen können, stimmenstärkste Partei zu werden.